

Geheimdienste: Opposition will Aufklärung über Briten

V-Mann im Südwesten?

STUTTGART. Die Opposition in Baden-Württemberg hat von Innenminister Heribert Rech (CDU) Aufklärung über den Einsatz eines verdeckten britischen Ermittlers in der linken Szene im Südwesten verlangt. Der Chef des Bundeskriminalamts, Jörg Ziercke, hatte im Bundestags-Innenausschuss berichtet, dass der Brite Mark Kennedy auch in Diensten der baden-württembergischen Polizei gestanden habe. Der SPD-Rechtsexperte Rainer Stichelberger forderte gestern in Stuttgart: „Innenminister Rech muss Rede und Antwort stehen, ob er tatsächlich auf einen verdeckten Ermittler aus dem Ausland zurückgegriffen hat und der Mann auch Straftaten begangen hat.“

Ministerium schweigt

Unklar ist noch, wann und wofür die Landespolizei den britischen Spitzel eingesetzt hat. Möglicherweise spionierte Kennedy im Umfeld des NATO-Gipfels 2009 in Baden-Baden und Straßburg militante Gruppen aus. Ziercke hatte betont, dass die Länderpolizeien für ihn verantwortlich gewesen seien. Das BKA sei lediglich Vermittler gewesen. Das Innenministerium in Stuttgart wollte gestern aus „einsatztaktischen Erwägungen“ keine Auskunft geben. Eine Sprecherin sagte lediglich: „Natürlich werden verdeckte Ermittler eingesetzt, entsprechend dem Polizeigesetz.“ Auch das Landeskriminalamt hielt sich bedeckt.

SPD und Grüne wollen nun von Rech per parlamentarischer Anfrage wissen, wen Kennedy ausspionierte hat. Der Grünen-Innenexperte Uli Sckerl sieht Rech in Bedrängnis: „Wenn das zutrifft, dann wird es sehr un bequem für den Innenminister, der seit dem ‚Schwarzen Donnerstag‘ im Stuttgarter Schlossgarten angezählt ist.“ Er bezog sich damit auf den harten Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Gegner am 30. September.

Britische Medien hatten berichtet, dass Kennedy jahrelang verdeckt militante Protestgruppen in ganz Europa ausspionierte. Ziercke hatte nach Teilnehmerberichten in der vertraulichen Ausschusssitzung erklärt, dass der Mann unter anderem beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm und in Berlin im Einsatz war. Kennedy sei zweimal strafrechtlich in Deutschland aufgefallen. In Heiligendamm beteiligte er sich an einer Straßenblockade, in Berlin wird er mit dem Brand eines Müllcontainers in Verbindung gebracht. *dpa*



Ein V-Mann aus England soll auch im Südwesten tätig gewesen sein. BILD: DPA

Sicherungsverwahrung: Freiburg bereitet Antrag auf Unterbringung eines Gewalttäters vor / Sieben Freigelassene werden bewacht

Stuttgart spielt jetzt auf Zeit

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

STUTTGART. Nachdem das Oberlandesgericht Karlsruhe einen rückfallgefährdeten Gewalttäter aus der Untersuchungshaft entlassen hat, müssen in Baden-Württemberg jetzt sieben ehemalige Sicherungsverwahrte rund um die Uhr bewacht werden. Die Stadt Freiburg bereitet gerade einen Antrag zum nachträglichen Wegschließen für einen der sieben nach dem neuen Gesetz zur Therapieunterbringung vor. Trotzdem lässt sich das Land viel Zeit bei der Suche nach dem Standort für die Anstalt zur „Therapieunterbringung“, die getrennt von Gefängnissen und Maßregelvollzug der Psychiatrischen Zentren sein muss.

Bei Sozialministerin Monika Stolz (CDU) ist an die Stelle der Eile seit Jahresanfang Weile getreten. Am Tag vor Heiligabend hatte die CDU-Politikerin der Stadt Wiesloch mitgeteilt, dass im früheren Jugendarrest die rückfallgefährdeten Gewalttäter untergebracht werden sollen. Schon ab Januar sei mit der Einweisung zu rechnen. Als vor Ort die Wogen hochgingen, piff Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) seine Ministerin zurück. Die hat nun plötzlich ganz viel Zeit für die Suche nach einer Standortalternative.

Kein Ärger vor der Wahl

Vor der Landtagswahl am 27. März soll es keinen Ärger mehr geben. Gleich zwei Arbeitsgruppen hat Stolz deshalb eingerichtet. Die eine entwickelt ein Konzept für die vom neuen Gesetz verlangte Therapie. Die andere „kümmert sich um die Anforderungen für die Unterbringung“, sagte eine Sprecherin auf Anfrage. Langsamer geht es kaum.

Allerdings will das vom Grünen-OB Dieter Salomon regierte Freiburg

Unübersichtliche Rechtslage

■ 18 rückfallgefährdete Sexual- und Straftäter haben nach einem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgericht in Baden-Württemberg Anspruch auf die Freiheit.

■ Neun davon sind inzwischen aus der nachträglich verhängten Sicherungsverwahrung entlassen. Zwei sind in andere Länder gezogen. Sieben leben im Raum Freiburg und werden rund um die Uhr überwacht.

■ Mit dem am 1. Januar in Kraft getretenen Gesetz zur „Therapieunterbringung“ können Gerichte die rückfallgefährdeten Täter aus dieser Gruppe mit einer psychischen Störung in spezielle Anstalten einweisen. *pre*

auf die politischen Nöte der Landesregierung keine Rücksicht nehmen und bereitet derzeit zumindest für einen der rückfallgefährdeten Sexual- und Gewalttäter einen Antrag auf die Unterbringung vor. Über die Einweisung entscheidet das Landgericht, das zuvor die Gefährlichkeit der Männer durch zwei Gutachter beurteilen lassen muss.

In Freiburg leben mittlerweile sieben aus der Sicherungsverwahrung entlassene Männer, die rund um die Uhr bewacht werden. Für jeden von ihnen sind 20 bis 25 Polizisten im Einsatz. Das Innenministerium veranschlagt die Kosten pro Fall und Woche auf 40 000 Euro.

Der siebte Überwachungsfall ist erst jetzt dazugekommen, weil das Oberlandesgericht Karlsruhe (OLG) einen Häftling auf freien Fuß gesetzt hat. Das Landgericht Freiburg habe das Verfahren nicht schnell genug behandelt, begründete ein Gerichtssprecher auf Anfrage die Aussetzung des Haftbefehls. Einen weiteren Ent-



Wohin mit rückfallgefährdeten Straftätern, die aus der Sicherungsverwahrung entlassen wurden? Baden-Württemberg hat noch keine Antwort. BILD: DPA

lassungsantrag hat das OLG vorläufig auf Eis gelegt. Weil es sich um einen hochgradig gefährlichen Sexualverbrecher handle, wollen die Richter ein höchst richterliches Urteil des Bundesgerichtshofs abwarten.

Stolz hofft nach der Wiesloch-Pleite auf grenzüberschreitende Hilfe von Rheinland-Pfalz. Das dortige Justizministerium bremst die Erwartung. „Es gibt keine konkreten Pläne für eine Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg“, stellte ein Sprecher klar. Trotzdem sieht sich das Stuttgarter Sozialministerium für

den Notfall gerüstet: „Wir sind zuversichtlich, dass wir eine Lösung haben, wenn ein Gericht den ersten Täter einweist.“

Am weitesten mit einer eigenen Einrichtung für psychisch gestörte Gewalttäter ist ausgerechnet die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen. Grünen-Gesundheitsministerin Barbara Steffens lässt dort bereits das Oberhausener Gefängnis in eine Anstalt für Therapieunterbringung von Rückfalltätern umbauen. Mittlerweile regt sich aber auch dort der Protest von Bürgern.

IN KÜRZE

Mainz schlägt Alarm

MAINZ. Die Mainzer SPD-Landesregierung befürchtet, dass Rheinland-Pfalz nach dem Ausbau des Frankfurter Flughafens den größten Teil des Lärms abbekommt. Dies wäre nicht akzeptabel, heißt es in einem Brief, den Ministerpräsident Kurt Beck und Verkehrsminister Hendrik Hering (beide SPD) an den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) schickten. Kritisiert wird, dass die geplante Gestaltung der An- und Abflugrouten dazu führe, dass mittel- bis langfristig die Abflugrouten fast vollständig über rheinhessisches und Mainzer Gebiet verlagert würden. *Irs*

VOR 40 JAHREN

Alarmierende Berichte über die dramatisch zunehmende Verschmutzung des Bodensees führen zu einer Landtagsdebatte, in der alle Fraktionen große Sorgen vor dem ökologischen „Umkippen“ dieses größten europäischen Trinkwasserspeichers äußern und die Regierung zum Handeln auffordern. Innenminister Walter Krause, Mannheimer SPD-Politiker, versichert, das geplante Netz von Abwasserreinigungsanlagen werde schnellstmöglich fertiggestellt. Krause mahnt allerdings das Parlament, künftig dem Thema Abwasserreinigung auch finanziell höhere Priorität zu geben. *eB*

SPD nennt Zielmarke

STUTTGART. Baden-Württembergs SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid hat erstmals eine Zielmarke für die Landtagswahl am 27. März genannt. „Es geht darum, dass wir als SPD besser abschneiden als beim letzten Mal“, sagte Schmid gestern in Stuttgart. 2006 hatte die SPD mit Spitzenkandidatin Ute Vogt 25,2 Prozent erreicht. *lsw*

Marion Schick lässt prüfen

STUTTGART. Vor der Landtagswahl will Kultusministerin Marion Schick (CDU) Vorbehalte gegen das achtjährige Gymnasium so weit wie möglich ausräumen. Wie vom Landeselternbeirat gefordert, werden die Halbjahreszeugnisse stichprobenartig auf mögliche Leistungsunterschiede von G8- und G9-Schülern untersucht. *lsw*

Rheinland-Pfalz

Umfrage: SPD und CDU gleichauf

MAINZ. Zwei Monate vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz zeichnet sich zwischen der CDU und der regierenden SPD ein Kopf-an-Kopf-Rennen ab. Nach einer Umfrage des SWR („PoliTrend“) lägen beide Parteien mit 37 Prozent gleichauf, wenn am Sonntag gewählt würde. Gegenüber Dezember würden sie jeweils um zwei Prozent zulegen. Die Grünen rutschten dagegen um drei auf 13 Prozent ab. FDP und Linke erzielen fünf Prozent. Die Zufriedenheit mit der Arbeit der SPD-Landesregierung nahm um ein Prozent auf 47 Prozent zu. *hal*

Länderfinanzausgleich

Mappus greift Hannelore Kraft an

STUTTGART. Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) hat seiner Düsseldorfer Amtskollegin Hannelore Kraft (SPD) Verschwendung von Geldern aus dem Länderfinanzausgleich vorgeworfen. Er hätte nichts dagegen, wenn die rot-grüne Regierung in Nordrhein-Westfalen die Mittel in Investitionen für die Zukunft stecken würde. „Stattdessen zieht Ministerpräsidentin Kraft als Wohltäterin durchs Land, will Kindergärten und Studiengebühren abschaffen“, sagte Mappus der „WAZ“-Medien-gruppe“. *lsw*

Mainz: CDU-Chefin stellt Programm für Landtagswahl vor / Auch Verbraucherschutz als Schwerpunkt

Klößner setzt auf Bildung

Von unserem Korrespondenten
Heinrich Halbig

MAINZ. Bei einem Programmparteitag am Wochenende in Ransbach-Baumbach will die rheinland-pfälzische CDU ihr „Zukunftsprogramm“ für die Landtagswahl am 27. März beschließen. Sie hofft, damit zugleich die Weichen auf Sieg stellen zu können. Doch obwohl der 70-seitige Leitartikel mit den Schwerpunkten Bildung, Finanzen, Familie, ärztliche Versorgung auf dem Lande und Infrastruktur im Falle eines Wahlerfolgs das Regierungshandeln bis 2016 widerspiegeln soll, wird darüber lediglich ein „Kleiner Parteitag“ mit 106 Delegierten entscheiden. Der Diskussion vorausgehen wird eine Rede der CDU-Chefin und Spit-

zenkandidatin Julia Klößner (Bild). Bei der Vorstellung der wichtigsten Punkte des Programms kündigte sie nicht nur an, „eine persönliche Duftnote setzen“ zu wollen. Sie werde zudem mit einer „Überraschung“ in der Bildungspolitik aufwarten. Sie will es damit offenbar dem Ministerpräsidenten und SPD-Vorsitzenden Kurt Beck gleichtun.



Dieser hatte Mitte Januar beim SPD-Wahlparteitag erklärt, im Falle eines Wahlsiegs bis 2014 die Grundschulklassen von 30 auf maximal 24 Kinder zu reduzieren sowie die fünften und sechsten Jahrgänge auf 25 Schüler. „Bildung ist das Thema schlechthin“, betonte Klößner. Und ähnlich

wie die SPD lehnt sie Studiengebühren ab. Das Erststudium solle kostenfrei bleiben. Sie meinte jedoch auch: „Große Wahlgeschenke können wir nicht machen.“

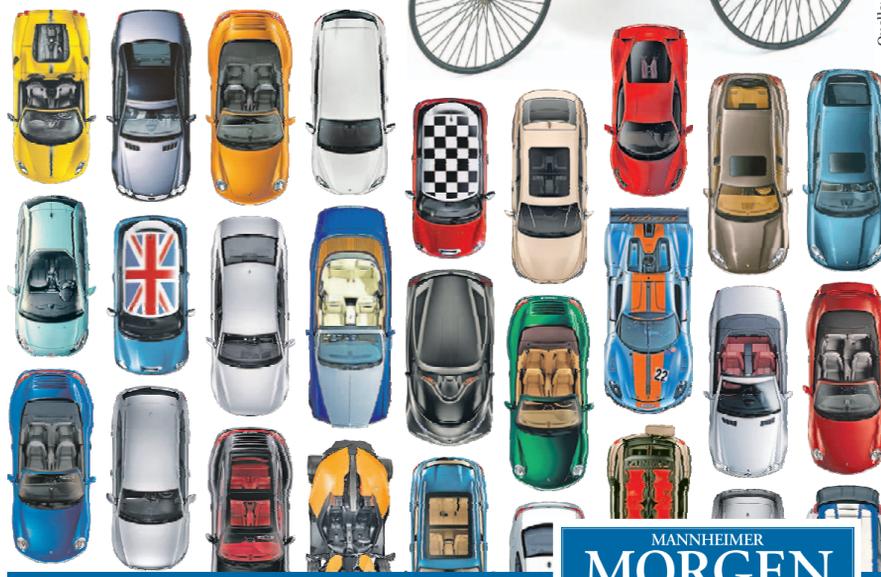
Darüber hinaus brennt der CDU-Politikerin „die ärztliche Versorgung auf den Nägeln“, und das nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in den Krankenhäusern. Als weiteren Schwerpunkt ihrer Politik bezeichnete sie den Ausbau der Infrastruktur sowohl beim Straßenbau als auch bei schnellen Internetverbindungen. Zudem werde sie sich um einen stärkeren Verbraucherschutz mit einer bundesweit einheitlichen Telefonnummer für die Bürger kümmern. „Ich will, dass Rheinland-Pfalz dafür ein Pilot-Land wird“, sagte Julia Klößner.

ANZEIGE



125 Jahre AUTO-MOBIL

Freuen Sie sich **morgen** auf spannende und interessante Themen rund um 125 Jahre Automobil in einer ganz besonderen Ausgabe Ihres MANNHEIMER MORGEN.



Quelle: Technoseum

www.morgenweb.de

MANNHEIMER
MORGEN

AUFGEWECKT IN DEN TAG